

Wieselberg, Lukas

Knochenarbeit der Evidenz. Interview mit Günter Hefler und Michael Sturm

Magazin erwachsenenbildung.at (2020) 40, 7 S.



Quellenangabe/ Reference:

Wieselberg, Lukas: Knochenarbeit der Evidenz. Interview mit Günter Hefler und Michael Sturm - In: Magazin erwachsenenbildung.at (2020) 40, 7 S. - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-206903 - DOI: 10.25656/01:20690

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-206903>

<https://doi.org/10.25656/01:20690>

in Kooperation mit / in cooperation with:

Meb



**Magazin
erwachsenenbildung.at**

<http://www.erwachsenenbildung.at>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen sowie Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen, solange Sie den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License:

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and render this document accessible, make adaptations of this work or its contents accessible to the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

<https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Ausgabe 40, 2020

Messbarkeit von Bildungseffekten

Potenziale – Widersprüche – Schieflagen

Praxis

Knochenarbeit der Evidenz

Interview mit Günter Hefler und
Michael Sturm

Lukas Wieselberg



Knochenarbeit der Evidenz

Interview mit Günter Hefler und Michael Sturm

Lukas Wieselberg

Wieselberg, Lukas (2020): Knochenarbeit der Evidenz. Interview mit Günter Hefler und Michael Sturm.

In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 40, 2020. Wien.

Online im Internet: <https://erwachsenenbildung.at/magazin/20-40/meb20-40.pdf>.

Druck-Version: Books on Demand GmbH: Norderstedt.

Erschienen unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



Schlagworte: Erwachsenenbildung, Evidenz, Bildungspolitik, Bildungsforschung

Kurzzusammenfassung

Beruhend bildungspolitische Entwicklungen im Bereich der Erwachsenenbildung auf Evidenz oder ist die Politik in erster Linie durch Ideologie motiviert? Günter Hefler, Evaluator und Bildungsforscher im Bereich Lebenslanges Lernen, und Michael Sturm, Geschäftsführer des BFI Österreich und Interessensvertreter von Erwachsenenbildungseinrichtungen, antworteten im Interview auf Fragen zum Verhältnis von Forschung und Politik in der Erwachsenenbildung. Fazit: Evidenzen durch Forschungsarbeiten konnten in den letzten 20 Jahren die Überzeugung festigen, dass Erwachsenenbildung strukturelle Probleme mildern und soziale Brennpunkte entschärfen kann. Das stärkt das Selbstbewusstsein der Erwachsenenbildung, nicht nur kurzfristige und individuelle, sondern durchaus langfristige und strukturelle Effekte zu haben. Der Bedarf an weiteren Evidenzen sei aber sowohl für die Bildungspolitik als auch für die Bildungspraxis nach wie vor groß. (Red.)

Knochenarbeit der Evidenz

Interview mit Günter Hefler und Michael Sturm

Lukas Wieselberg

„Der Diskurs darüber, was Evidenz eigentlich bedeutet, braucht Raum und Ressourcen. Wenn der nicht stattfindet, kann ich mir einen Teil der Evidenzen auch gleich sparen.“

Günter Hefler im Interview

In der Corona-Zeit war und ist wissenschaftliche Evidenz eine wichtige Frage. Wie ist das BFI mit dieser Zeit umgegangen?

Michael Sturm: Wir haben im März rasch reagiert und die Kurse sofort heruntergefahren. Etwa 50 Prozent davon haben wir in Absprache mit TrainerInnen und TeilnehmerInnen auf Online-Learning umgestellt. Wesentlich schwieriger war es, den Betrieb wieder hochzufahren. Als derzeitiger KEBÖ-Vorsitzender habe ich hinter den Kulissen viel mit den zuständigen Ministerien verhandelt, unter welchen Bedingungen wir mit Präsenzunterricht wieder beginnen können. Das war sehr mühsam, weil die Erwachsenenbildung im Vergleich zu Schulen und Unis nicht nur in der öffentlichen Wahrnehmung eine untergeordnete Rolle spielt, sondern auch bei den verantwortlichen PolitikerInnen und BeamtenInnen. Es ist dennoch gelungen, mit dem Bildungsministerium ein Hygienehandbuch abzustimmen, das für die EB als Empfehlung herausgegeben wurde. So konnten wir schon sehr früh, Anfang Mai, wieder mit Präsenzunterricht beginnen, nämlich dort, wo es um die Vorbereitung auf schulische und berufliche Abschlüsse geht.

Wie war das bei 3s?

Günter Hefler: Auf Ebene der Büros relativ entspannt, weil wir große Räume haben. Viele KollegInnen waren wegen Betreuungsarbeiten im Home-Office. Als

international agierendes Forschungsunternehmen haben wir mit KollegInnen zusammengearbeitet, die unter ganz unterschiedlichen Lockdown-Bedingungen lebten – in Spanien saßen sie mit absoluter Ausgangssperre ganz alleine in ihrer Wohnung, in Belgien durften sie einen Umkreis von 100 Metern nicht verlassen etc. In Österreich sind wir da im Vergleich recht ungeschoren davongekommen. Trotzdem ist klar: Die nächsten zwei Jahre werden für jedes private Forschungsunternehmen nicht leicht. Die Budgets werden in der kommenden Konsolidierungsphase umverteilt, es werden weniger Mittel für Forschungsaufgaben verfügbar werden, nicht nur im EB-Bereich, etwa auch in der Berufsbildung.

Während der gesamten Corona-Zeit hat die Politik damit argumentiert, dass ihre Maßnahmen auf wissenschaftlicher Evidenz basieren. Konnten Sie dem folgen?

Günter Hefler: Als ausgebildeter Philosoph mit Spezialgebiet Wissenschaftsforschung würde ich sagen: Die Erwartungen, was Wissenschaft in derart kurzer Zeit leisten kann, sind viel zu hoch. Man konnte eigentlich nur Vorsichtsregeln entwerfen, wie viel Evidenz dafür verfügbar ist, ist eine andere Frage. Generell ist das Pochen auf Evidenzbasierung ein normativer Anspruch, der, je nachdem wie er realisiert wird, ganz unterschiedliche Auswirkungen

hat – sehr oft positive, aber auch negative. Man kann nicht dafür oder dagegen sein, sondern man muss fragen, was die Konsequenzen einer evidenzbasierten Vorgehensweise sind, welche Kosten bzw. Vorteile entstehen und wer sie trägt bzw. davon profitiert. Das ist mit Corona nicht viel anders als im Bildungsbereich. Dort haben wir schon viele verschiedene Wellen evidenzbasierter Politik erlebt, viele sind wieder in Vergessenheit geraten. Wenn man heute Bücher zu Educational Planning aus den 1970er Jahren liest, muss man fast lachen. Seit zwei Jahrzehnten haben wir in der Bildung ein sehr einseitiges evidenzbasiertes Regime, das stark von der OECD getriggert wird. In der Erwachsenenbildung und im Lebenslangen Lernen haben wir ein sehr unerfreuliches Zusammenspiel von Wünschen und Realitäten, die nicht immer zusammenpassen. Bei Corona konnte man nur froh sein, nicht selbst in einer Verantwortungsposition zu sein und Entscheidungen treffen zu müssen. Da war auch viel Glück dabei.

Pandemien sind eine Ausnahme, aber das Verhältnis von Forschung und Politik bestimmt ihren Bereich auch abseits vom Ausnahmezustand. Wie beeinflusst es Ihre Praxis im Alltag?

Michael Sturm: Ich würde mir von der Politik wünschen, dass sie im Bildungsbereich viel mehr evidenzbasiert vorgehen würde. Nur ein Beispiel: die Gesamtschule im Schulbereich. Es gibt dutzende internationale und nationale Studien, die alle zu einem positiven Ergebnis kommen. Dennoch sagt der Herr Minister mit Forschungshintergrund, dass er ein Regierungsübereinkommen umzusetzen habe und es nicht Aufgabe der Politik sei, sich an Forschungsergebnisse zu halten. Das macht ein bisschen ohnmächtig, aber damit müssen wir leben. In der EB sind wir davon weniger betroffen, weil sie frei und nicht staatlich organisiert ist. Wir reagieren stark auf Nachfrage und beziehen uns auf Forschungsergebnisse, insbesondere auf Prognosen, die für die aktive Arbeitsmarktpolitik des AMS relevant sind. Auf dieser Basis erstellen wir zum Teil unsere Angebote bzw. schreibt das AMS Bildungsmaßnahmen aus. Wir schauen uns sehr genau an, welche Fachkräfte mit welchen Qualifikationen in Zukunft benötigt werden. Die EB kann viel rascher auf die tatsächlichen Nachfragen am Bildungsmarkt reagieren als Unis oder Schulen. Bis ein neuer Lehrplan im Ministerium beschlossen

wird und in einer Schulklasse ankommt, dauert es Jahre. Die EB hat also eine hohe innovative Kraft, die später in das formale Bildungswesen aufgenommen werden kann. Angebote für Qualitätsmanagement etwa oder digitale Kompetenzen haben wir sehr früh entwickelt, und die werden langsam in den formalen Bildungsbereich übernommen.

Wie sehen Sie prinzipiell das Verhältnis von Evidenz und Politik?

Günter Hefler: Es ist sehr spannend und schwierig. Bei 35 bin ich für die internationale Vergleichsforschung im Bereich LLL zuständig, und wir erstellen Analysen für Dienststellen der Europäischen Kommission. Dadurch weiß ich, welche Evidenz in welchen Staaten verfügbar ist, da gibt es große Unterschiede mit nationalen Stärken und Schwächen. Ich mache das seit 2004, und seit damals hat sich die bloße Verfügbarkeit von Daten – die ja noch keine Evidenz sind – stark verändert. In der EB hat sich die Datenlage zum Teil extrem erweitert, das Gebiet selbst unglaublich ausdifferenziert. Viele Konzepte, die den Datenerhebungen zugrunde liegen, wurden seit den 1980er-Jahren aber nicht weiterentwickelt, und manches weiß man schlicht überhaupt nicht.

Wie zum Beispiel?

Günter Hefler: Wie viele Menschen in der EB beschäftigt sind. ErwachsenenbildnerInnen werden statistisch in europäischen Erhebungen nicht gesondert erfasst. Das Gleiche betrifft EB-Organisationen, deren Anzahl ebenfalls nicht exakt bekannt ist. Zum einen gibt es also zu bestimmten Themen sehr viele Daten, zum anderen können manche banale Evidenzfragen nicht beantwortet werden. Wir wissen auch in Österreich nicht, wie viele Personen in der EB tätig sind. Ich kann zwar die KEBÖ-Beschäftigten zählen, den Rest aber nicht. Ich weiß sehr viel über die Arbeitsmarktpolitik, oft auf den Cent genau, wie viel wofür ausgegeben wird. Von anderen EB-Bereichen weiß ich außerhalb der KEBÖ aber fast gar nichts – etwa über die Angebote von Kommunen und Gemeinden, über die nicht-berufliche EB und die EB von gewinnorientierten Trägern. Auch die banale Frage, wer in Österreich MigrantInnen und Flüchtlinge in Deutschkursen unterrichtet, kann man nicht genau beantworten. Es gibt zwar den Integrationsfonds als den zentralen Player, aber die Arbeit von NGOs und den vielen Freiwilligen ist nicht beschrieben.

Michael Sturm: Als ehemaliger Vorsitzender der Berufsvereinigung der ArbeitgeberInnen privater Bildungseinrichtungen (BABE) möchte ich ergänzen: Wir haben im Hinblick auf die Kollektivvertragsfähigkeit sehr wohl recherchiert, wie viele Personen in dem weiten Feld der EB hauptberuflich tätig sind, und sind auf ca. 12.500 gekommen. Das ist nicht sehr viel, weil es wesentlich mehr nebenberuflich und ehrenamtlich Tätige gibt – ein österreichisches Spezifikum, dass wir keine angestellten TrainerInnen in der klassischen Weiterbildung haben. Die Kurse von VHS, WIFI oder BFI leiten Menschen, die hauptberuflich in Schulen, der Forschung oder Betrieben arbeiten und ihr Wissen den KursteilnehmerInnen am Abend weitergeben – das ist ein Qualitätsasset, weil wir so immer Top-Vortragende zur Verfügung haben. Das sind über 50.000 Personen. Im Bereich der ehrenamtlichen Strukturen, da gebe ich Herrn Hefler Recht, wissen wir aber viel zu wenig.

Aber wünschen würden Sie sich prinzipiell mehr Evidenz?

Michael Sturm: Ja, und offenbar braucht es dabei auch immer den Anstoß von außen. Ich erinnere mich an OECD-Länderberichte vor mehr als zehn Jahren, die einen enormen Schub gebracht haben. Ich denke, nicht nur weil ich Interessen vertrete, dass der EB-Bereich immer wichtiger wird, etwa was die Berufsausbildung betrifft. Unser duales System, das immer so gepriesen und als Exportschlager auf EU-Ebene verkauft wird, schwächelt in Wirklichkeit massiv. In den letzten 20 Jahren haben wir immer weniger Betriebe, die Jugendliche ausbilden, aktuell können sie die bestehenden Lücken nicht abdecken. D.h., wir brauchen eine überbetriebliche Lehrausbildung, das sog. Auffangnetz für Jugendliche, das im maximalen Ausbau schon bei 12.000 Personen lag – und das von Trägern der EB umgesetzt wird. Wenn wir das nicht hätten, würden die Jugendlichen ohne Perspektive dastehen. Genauso hätte es die Basisbildung bzw. das Nachholen des Pflichtschulabschlusses ohne EB nicht gegeben. Und auch die zusätzlichen Deutschkurse, die wir in der Flüchtlingsbewegung kurzfristig aufgestellt haben, waren eine sensationelle Leistung der EB.

Günter Hefler: Die EB hat in Österreich in den letzten zwei Jahrzehnten tatsächlich sehr viel aufgefangan, weil es keine anderen Systeme gegeben hat, die das anbieten hätten können, was Herr Sturm

beschrieben hat. Der öffentliche Bereich musste nichts Neues erfinden, sondern konnte es auf die EB übertragen – zu vergleichsweise günstigen Kosten. Die Leidtragenden waren zum Teil die beschäftigten TrainerInnen, zugleich hat man das Problem, dass viele Steuerungsprobleme ungeklärt sind. In anderen Bereichen der Bildung ist es undenkbar, dass Organisationen wie der Integrationsfonds, die selbst nicht aus der Bildung kommen, dominieren und etwa Curricula dekretieren, ohne die Basis der Lehrenden groß einzubinden. Man muss sich den Unterschied vorstellen: In Italien z.B. ist der Basisbildungsbereich wesentlich als Teil des öffentlichen Schulwesens organisiert, mit 160.000 TeilnehmerInnen. Unterrichtet wird in Abendschulen ähnlich unseren Abendgymnasien und berufsbildenden höheren Schulen für Berufstätige, aber mit öffentlich beschäftigten LehrerInnen. Das hat sicher auch Nachteile, aber man sieht gleich den Unterschied: Es gibt ein Dienstrecht, langfristige Planungsprozesse und abgesicherte Budgets, nicht wie bei uns auf Basis von kurzfristigeren Projektbudgets.

Beruhen die Entwicklungen in Österreich irgendwie auf Evidenz oder ist die Politik in erster Linie motiviert durch Ideologie und reagiert in der Praxis einfach, z.B. auf die Flüchtlingsbewegung?

Michael Sturm: Die Flüchtlingsbewegung ist das beste Beispiel dafür, dass die Politik nicht evidenzbasiert vorgeht. Weil der Umgang damit war ein Politikum ersten Ranges bei der damaligen Regierung. Erste Hilfe haben im wahrsten Sinne des Wortes Hilfsorganisationen geleistet und in weiterer Folge EB-Einrichtungen, die die Menschen mit den berühmten Deutschkursen erst fit gemacht haben für die gesellschaftliche Integration und für den Arbeitsmarkt. Es gab ja einen an sich vernünftigen Stufenplan, wonach man erst die Sprache erlernt und dann, wenn man soweit ist, die entsprechenden Arbeitmarktschulungen bekommt. Dieser Plan ist aufgrund der stark politischen Debatte verpufft, die Leute sind zeitweise mehr oder minder in der Luft gehangen, ebenso die Einrichtungen, die damit befasst waren. Plötzlich wurde dem Integrationsfonds eine dominante Rolle zugewiesen, und er hat alles an sich gezogen. Das ist ein gutes Beispiel für das Primat der Politik.

Günter Hefler: Die Flüchtlingsbewegung war natürlich wieder eine Ausnahme, die niemand vorhergesehen

konnte. Dass aber insgesamt der Bereich Flucht und Integration immer nur unter bestimmten Perspektiven betrachtet wird, ist auch evident. In Österreich haben sich mit der Evidenzbasis der Erwachsenenbildung in den letzten zwei Jahrzehnten nur ganz wenige ExpertInnen beschäftigt, man kann sie an den Fingern zweier Hände abzählen. Studien wurden punktuell beauftragt, vieles aber vernachlässigt. Man hat es etwa verabsäumt, rund um eines der zentralen Großprojekte dabei, der österreichischen LLL-2020 Strategie, einen leistungsfähigen Beobachtungsapparat aufzubauen, der nachhaltig Evidenz generieren kann. 3s war für zwei Jahre für das Monitoring zuständig, davor war es ein Team von ForscherInnen vom Institut für Höhere Studien (IHS) und dem Wirtschaftsförderungsinstitut (Wifo), unter der Leitung von Lorenz Lassnigg, der sich wie kein anderer in den letzten Jahrzehnten für die Evidenzbasierung der LLL-Politik eingesetzt hat. Natürlich kostet es viel mehr, die notwendige Evidenz für LLL zu schaffen, als die Politik bisher bereit war, zur Verfügung zu stellen. Wir haben zwar gut verankerte Bildungs- und Hochschulberichte, aber der EB-Bereich wird in Österreich nicht durch ein regelmäßiges Berichtssystem begleitet. Ohne kontinuierliche Berichterstattung kann ich aber die erwarteten Vorteile einer evidenzbasierten Politik gar nicht nutzen. Weil der Vorteil, den ich erwarte, ist, dass ich etwas mache und dann schau, ob das in die richtige Richtung gegangen ist. Wenn ich aber nur so erhebe, dass ich immer nur sagen kann, das wird nicht so schlecht gewesen sein, aber ob es wirklich geholfen hat, weiß ich nicht, dann mach ich zwar Studien – aber ohne nachhaltigen Ertrag. Wenn man die verfügbaren Studien heranzieht, liest man oft, dass „wir die eigentlichen Fragen nicht beantworten konnten, weil uns dafür die Evidenz fehlt“. In dieser Zwickmühle sind wir. Wir machen zwar Studien, aber die Datenlage erlaubt nur wenige Ergebnisse, die so valide und brauchbar sind, dass man guten Herzens daraus politische Entscheidungen ableiten kann.

Will die Politik statt Evidenz eigentlich Legitimation?

Günter Hefler: Legitimation und Evidenz hängen eng zusammen. Ich kann mich immer auf Evidenz beziehen, ich bin ja frei in ihrer Interpretation. Der Diskurs darüber, was Evidenz eigentlich bedeutet, braucht Raum und Ressourcen. Wenn der nicht stattfindet, kann ich mir einen Teil der Evidenzen

auch gleich sparen. Es gibt dafür viele schlechte Beispiele. Die EU-Kommission etwa liebt es, „evidence based policy making reviews“ zu machen. Da werden alle Studien weltweit zusammengewürfelt, und die behaupten, dass eine Maßnahme wirkt oder nicht wirkt – ohne irgendeinen nachvollziehbaren Zusammenhang zu einem konkreten Land, einer konkreten Situation oder einem konkreten Problem. Man bekommt ein Potpourri von Vorschlägen, und jeder Politiker/jede Politikerin kann sich aussuchen, was wirkt oder nicht wirkt, um dieses oder jenes an- oder abzuschaffen. Wir sind weit weg davon, dass wir die normativen Erwartungen, die mit evidenzbasierter Politik verbunden sind, tatsächlich einlösen können. Insofern verstehe ich jede Person, die sagt, naja, ich halte das eher für eine Form der Politikbeeinflussung als eine der Politikfundierung. Diese Kritik muss sich die ganze Szene in vielen Fällen gefallen lassen.

Sehen Sie auch positive Beispiele für evidenzbasierte Maßnahmen in der EB?

Michael Sturm: Auf jeden Fall, etwa die Initiative Erwachsenenbildung zur Basisbildung und zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses. Hier ging man evidenzbasiert vor. Eine wissenschaftliche Einrichtung, das IHS in Wien, erhob zuerst, wie viele Personen in Österreich überhaupt Defizite in dieser Hinsicht haben. Die Ergebnisse und Ratschläge der Forschung fanden tatsächlich politische Unterstützung und wurden umgesetzt. Ein zweites Beispiel ist die Berufsmatura, um begleitend zum Lehrabschluss eine Berufsreifeprüfung ablegen zu können. Das ist mittlerweile ein gut etabliertes Modell, wo man auf konkrete Fallzahlen abgestimmt hat – auch wenn es aktuell unterbudgetiert ist. Aber prinzipiell sind das zwei gute Beispiele. Ein drittes positives Beispiel sind die Leistungsvereinbarungen, die das Bildungsministerium seit zehn Jahren auch mit KEBÖ-Einrichtungen abschließt. Sie legitimieren quasi die Strukturförderung, die zur Verfügung gestellt wird, und schreiben bestimmte Ziele fest. Jede EB-Einrichtung legt Indikatoren fest, anhand derer man die Zielerreichung überprüfen kann. Das ist grundsätzlich ein guter Ansatz, der in Anlehnung an die Unis aber sehr wirkungsorientiert ausgerichtet ist und die Input- und Prozessfaktoren, die auch maßgeblich sind, viel zu wenig berücksichtigt. Aber im Prinzip ist das ein guter Ansatz, dessen Weiterentwicklung auch im aktuellen Regierungsprogramm steht.

Welches Fazit würden Sie zum Thema „Politik und Evidenz“ in der EB der vergangenen 20 Jahre ziehen?

Günter Hefler: Auf Basis der Forschungsarbeiten insgesamt konnten mit Evidenzen Überzeugungen gefestigt werden, die für das Feld der EB von großer Bedeutung sind. Es konnte eine Übereinkunft erzielt werden, dass EB strukturelle Probleme mildern und soziale Brennpunkte entschärfen kann. Viele Einzelstudien haben das belegt, viele PolitikerInnen haben sich dieses Wissen angeeignet und sind dem Feld des lebenslangen Lernens wohlgesonnen. Das ist ein großer Erfolg dieser Knochenarbeit der Evidenzbasierung. Einer meiner Lieblingsstudien ist jene von Synthesis unter der Leitung von Michael Wagner-Pinter, in der die langfristigen Erträge arbeitsmarktpolitischer Qualifizierungsmaßnahmen in einem 20-Jahre-Zeitraum beobachtet wurden. Wichtig ist für mich, dass das Feld damit das Signal bekommen hat, sich zu trauen, eine lebenslange

Perspektive ernst zu nehmen – sich also nicht nur die kurzfristigen Auswirkungen der Maßnahmen anzusehen, sondern tatsächlich die langfristigen, strukturellen Effekte. Solche gemeinsamen Überzeugungen sind ganz wichtige Errungenschaften, die sich durch viele, viele Studien ergeben haben. Zugleich ist es nicht einfach, dieses Wissen von einer Generation an ForscherInnen und PolitikerInnen zur nächsten weiterzugeben. Die vorletzte Bundesregierung hat es vielen so schwer gemacht, dass man dachte, dieses Brett ist nicht zu bohren. Wenn man aber auf offene Ohren stößt, kann man viele Punkte, für die wir Evidenz haben, außer Streit stellen – auch wenn natürlich immer wieder neue Fragen auftauchen.

Dieser Beitrag wurde vom Fachbeirat des Magazin erwachsenenbildung.at beauftragt, um den LeserInnen relevante Aspekte und Hintergründe zur aktuellen Magazinausgabe zu geben.



Foto: K.K.

Dr. Günter Hefler

Günter Hefler studierte Philosophie und (Fächerkombination) Soziologie und Politikwissenschaften an der Universität Wien und absolvierte das Doktoratsstudium an der Universität Klagenfurt (Doktoratskolleg Lebenslanges Lernen). Er ist Senior Researcher und Projektmanager bei 3s. Seine Arbeitsschwerpunkte beinhalten u.a. international vergleichende Weiterbildungsforschung, betriebliche Weiterbildung und organisationales Lernen, Lernen und Entwicklung im Lebensverlauf.



Foto: BFI Österreich/
Johannes Cizek

Dr. Michael Sturm

Michael Sturm hat Erziehungs- und Politikwissenschaften in Wien studiert und ist Geschäftsführer des Berufsförderungsinstitut (BFI) Österreich sowie Vorsitzender der Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs (KEBÖ), und des Österreichischen Instituts für Berufsbildungsforschung (ÖIBF).



Foto: K. K.

Mag. Lukas Wieselberg

lukas.wieselberg@orf.at

Lukas Wieselberg leitet science.ORF.at und ist Wissenschaftsredakteur bei Ö1. Er studierte Philosophie, Soziologie und Geschichte an den Universitäten Wien und Siena und war Lektor an mehreren Universitäten und Fachhochschulen.

Evidence is Backbreaking Work

An interview with Günter Hefler and Michael Sturm

Abstract

Are educational policy developments in the field of adult education based on evidence or is policy primarily motivated by ideology? Günter Hefler, evaluator and educational researcher in the field of lifelong learning, and Michael Sturm, managing director of BFI Austria and lobbyist for adult education institutions, respond to questions on the relationship between research and politics in adult education during an interview. The author's conclusion: Evidence from research was able to strengthen the conviction that adult education can alleviate structural problems and defuse social flashpoints. This should boost the self-confidence of adult education by showing that it has not just short-term and individual effects but long-term and structural ones. There is still a great need for further evidence for educational policy as well as educational practice. (Ed.)

Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
Gefördert aus Mitteln des BMBWF
erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck
Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783751993678

Projektträger



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Medieninhaber



Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
A-1010 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

Herausgeber der Ausgabe 40, 2020

Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mitarbeit: Michael Bruneforth, M.A. (BIFIE)

HerausgeberInnen des Magazin erwachsenenbildung.at

Robert Kramreither (Bundesmin. für Bildung, Wissenschaft und Forschung)
Dr.ⁱⁿ Gerhild Schutti (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Fachbeirat

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für Höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.^a Julia Schindler (Universität Innsbruck)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Mag. Lukas Wieselberg (ORF science.ORF.at und Ö1)

Redaktion

Simone Müller, M.A. (Verein CONEDU)
Mag. Wilfried Frei (Verein CONEDU)

Fachlektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.^a Andrea Kraus

Satz

Mag.^a Sabine Schnepfleitner (Verein CONEDU)

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at – Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von AutorInnen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik u. Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von AutorInnen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter <https://erwachsenenbildung.at/magazin> kostenlos verfügbar. Das Online-Magazin erscheint parallel auch in Druck (Print-on-Demand) sowie als E-Book.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheint die Online-Version des „Magazin erwachsenenbildung.at“ ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an magazin@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5, A-8020 Graz
magazin@erwachsenenbildung.at